

Antrag auf Gewährung von Leistungen

nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII)

ausgehändigt am:

- Ich (Wir) beantrage(n) Hilfe zum Lebensunterhalt
 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
 Bildungs- und Teilhabeleistungen (gemäß der beigefügten Aufstellung)
 Hilfe in besonderen Lebenslagen
 als einmalige Leistung als laufende Leistung
 die Gewährung eines Darlehens

nach den Bestimmungen des SGB XII entsprechend den folgenden Angaben:

Erläuterung der konkreten Bedarfslage

Hinweise: Um über Ihren Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Art und Umfang können Sie diesem Vordruck beziehungsweise der Anlage entnehmen. Der Antrag muss von Ihnen **sorgfältig** und **vollständig** ausgefüllt werden. Zutreffendes ist **anzukreuzen**. Die erforderlichen Nachweise zu Ihren Angaben sind mir **lückenlos** vorzulegen. Von Ihnen eingereichte Originale erhalten Sie selbstverständlich zurück.

Sämtliche Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Ihre Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis 65 des Ersten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB I) sowie des Zweiten Kapitels des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) erhoben, verarbeitet und genutzt, soweit dies aufgrund der geltenden rechtlichen Vorgaben zulässig und geboten ist.

Angaben zu den persönlichen Verhältnissen

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Name		
ggf. Geburtsname <small>sofern abweichend</small>		
Vorname		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Geburtsdatum		
Geburtsort <small>bei Geburt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch Geburtsland</small>		
Staatsangehörigkeit		
Familienstand <small>ledig, verheiratet, eingetragene Lebenspartnerschaft, getrennt lebend usw.</small>		
Anschrift <small>Straße, Hausnummer, PLZ und Wohnort</small>		
Telefonnummer		
Steuer-Identifikationsnummer <small>(elfstellig)</small>		
allgemeine Angaben	<input type="checkbox"/> Haushaltsvorstand <input type="checkbox"/> Haushaltsangehörige(r)	<input type="checkbox"/> Ehegatte <input type="checkbox"/> Partner(in)

Aufenthalts- und Erwerbszeiten im Ausland

Wohnort, Zeitraum, Tätigkeit u. Arbeitgeber

rechtliche Betreuung

Kopie der Bestellungsurkunde des Amtsgerichtes **bitte beifügen**

aktuelle Wohnsituation

ggf. aufenthaltsrechtlicher Status

nur bei Ausländer(inne)n

ggf. Heimaufenthalt

Anschrift **vor** der Aufnahme in die derzeit bewohnte Einrichtung

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch _____
<input type="checkbox"/> allein lebend <input type="checkbox"/> allein erziehend <input type="checkbox"/> in einer Pflegefamilie	<input type="checkbox"/> im Familienverband <input type="checkbox"/> in einer Partnerschaft <input type="checkbox"/> in einer besonderen Wohnform oder Einrichtung
<input type="checkbox"/> in einer Wohngemeinschaft <input type="checkbox"/> sonstiges	

Angaben zu weiteren Haushaltsangehörigen

(ggf. gesondertes Blatt verwenden)

Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Steuer-Identifikationsnummer

Soweit Haushaltsangehörige über eigenes Einkommen/Vermögen verfügen, ist dies auf einem gesonderten Blatt anzugeben.

Angaben zu Unterhalts- und anderen Rechtsansprüchen

Kinder/Eltern

- Leben unterhaltspflichtige Angehörige (Kinder oder Eltern) außerhalb Ihres Haushaltes?
- Bestehen aktuell Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht und inwieweit werden diese ggf. erfüllt?
- Verfügt eines Ihrer Kinder oder ein Elternteil über Einkommen ab 100.000 € im Jahr (brutto)?

(Ex-)Ehe-/Lebenspartner

Angaben zu Ansprüchen gegenüber (Ex-)Ehepartnern oder (Ex-)Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (Nachweise sind beizufügen!)

ggf. Name und Anschrift des (Ex-)Ehe-/Lebenspartners

Besteht ein Rechtsanspruch auf **weitere Leistungen** von **Dritten**? (Schadenersatz, Schmerzensgeld o. ä.)

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> Unterhaltszahlungen werden geleistet <input type="checkbox"/> Zahlungen erfolgen trotz Anspruchs nicht <input type="checkbox"/> Anspruch wird derzeit geltend gemacht <input type="checkbox"/> auf Unterhalt habe ich verzichtet	<input type="checkbox"/> Unterhaltszahlungen werden geleistet <input type="checkbox"/> Zahlungen erfolgen trotz Anspruchs nicht <input type="checkbox"/> Anspruch wird derzeit geltend gemacht <input type="checkbox"/> auf Unterhalt habe ich verzichtet
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)

Angaben zum Einkommen

(bei laufenden Einkünften sind die Monatsbeträge anzugeben)

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Erwerbseinkommen		
- aus nichtselbständiger Arbeit (auch z. B. Ausb.-Vergütung, Werkstatteinkommen)	€	€
- aus selbständiger Tätigkeit (Gewerbebetrieb o. ä.)	€	€
- aus land- oder forstwirtschaftlicher Betätigung	€	€
Renten/Pensionen z. B. Alters-, Erwerbsminderungs-, Unfall-, Witwen- oder Waisenrente	€	€
Kindergeld	€	€
Unterhaltszahlungen	€	€
privatrechtliche Ansprüche z. B. Wohnrecht, Verpflegung, Taschengeld oder Leibrente	€	€
Vermietung/Verpachtung	€	€
Lohnersatzleistungen z. B. Krankengeld	€	€
Arbeitsförderungsleistungen z. B. Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Insolvenz-, Übergangs- oder Ausbildungsgeld	€	€
Sozialhilfeleistungen z. B. Leistungen nach einem Sozialgesetzbuch oder dem BAföG	€	€
Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	€	€
Leistungen vom Lastenausgleichsamt z. B. Unterhaltshilfe o. Entschädigungsrente	€	€
Zinseinkünfte und Dividenden aus Kapitalanlagen	€	€
Steuererstattungen	€	€
sonstige Einkünfte	€	€

Angaben zu den regelmäßigen Aufwendungen

(es sind die Monatsbeträge anzugeben)

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Krankenversicherung soweit diese nicht bereits bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt wurde	€	€
Pflegeversicherung soweit diese nicht bereits bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt wurde	€	€
Unfallversicherung	€	€
Lebensversicherung(en)	€	€
Privathaftpflichtversicherung	€	€
andere Haftpfl.-Versicherungen z. B. für Kraftfahrzeughalter, Hauseigentümer oder Tierhalter	€	€
Hausratversicherung	€	€
Sterbegeldversicherung	€	€
weitere Versicherungen	€	€
sonstige Aufwendungen z. B. Kosten für die täglichen Fahrten zur Arbeitsstätte	€	€

Angaben zur Wohnung

Anzahl der in dem Wohnraum lebenden Personen	
Größe der nutzbaren Wohnfläche	m ²
Datum des Einzugs in die Wohnung	
<input type="checkbox"/> Der Wohnraum steht im Eigentum der antragstellenden Person oder gehört dem (der) Ehe- bzw. Lebenspartner(in) oder dem (der) Mitbewohner(in) und ist <input type="checkbox"/> schuldenfrei. <input type="checkbox"/> nicht schuldenfrei (Nachweise über laufende Tilgungsleistungen, Zinszahlungen und sonstige Aufwendungen liegen bei). Laufende Betriebskosten fallen derzeit in folgender Höhe an (entsprechende Belege sind beigefügt):	
- Grundsteuer	€
- Wohngebäudeversicherung	€
- Trinkwasserversorgung	€
- Bezug von Heizmaterial	€
- Schornsteinreinigung/Brenngeräteprüfung	€
- Abwasser-/Kanalgebühren	€
- Nutzung des Regenwasserkanals	€
- sonstige Aufwendungen	€
<input type="checkbox"/> Die Wohnung wurde angemietet. Hierfür fallen Kosten im nachstehenden Umfang an (Kopie des Mietvertrages und Kontoauszüge oder Quittungen als Beleg für die Zahlung der Miete sowie anderer Leistungen sind beigefügt):	
- Kaltmiete	€
- Nebenkosten <input type="checkbox"/> mit Heizung/Warmwasser <input type="checkbox"/> ohne Heizung/Warmwasser	€
- Kosten für einen Stellplatz oder eine Garage	€
- Zuschlag für die Nutzung einer vom Vermieter gestellten Möblierung	€
- Abschlagzahlungen für die Energieversorgung (soweit nicht Bestandteil der Miete)	€
<input type="checkbox"/> Es besteht ein kostenfreies Wohnrecht. Einzelheiten können dem in Kopie beigefügten Vertrag entnommen werden.	
<input type="checkbox"/> Ich (Wir) bin (sind) Heimbewohner und <input type="checkbox"/> zahle(n) die anfallenden Heimkosten aus eigenen Mitteln. <input type="checkbox"/> erhalte(n) Sozialhilfeleistungen in folgender Höhe (Bescheid ist beigefügt):	
	€

Angaben zu persönlichen Besonderheiten

Ist eine **Schwerbehinderung** festgestellt worden?

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> über den Antrag vom _____ wurde noch nicht entschieden <input type="checkbox"/> ja (mit Bescheid vom _____) Grad der Behinderung _____ % Merkzeichen _____ <input type="checkbox"/> Schwerbehindertenausweis liegt bei	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> über den Antrag vom _____ wurde noch nicht entschieden <input type="checkbox"/> ja (mit Bescheid vom _____) Grad der Behinderung _____ % Merkzeichen _____ <input type="checkbox"/> Schwerbehindertenausweis liegt bei

Wurde ein **Pflegegrad** nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XI) zuerkannt?

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> über den Antrag vom _____ wurde noch nicht entschieden <input type="checkbox"/> ja, Pflegegrad _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> über den Antrag vom _____ wurde noch nicht entschieden <input type="checkbox"/> ja, Pflegegrad _____

Angaben zu erforderlichen Mehrbedarfen

Ich (Wir) bitte(n) um Berücksichtigung folgender Mehrbedarfe für

- Personen, welche die Rentenaltersgrenze bereits erreicht haben oder aber voll erwerbsgemindert sind und durch einen Bescheid der nach § 152 Abs. 4 des Neunten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB IX) zuständigen Behörde oder einen Ausweis nach § 152 Abs. 5 SGB IX die Feststellung des Merkzeichens „G“ nachweisen können (Berücksichtigung ggf. erst ab Aushändigung),
- werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (Mutterpass ist vorzulegen),
- allein erziehende Personen, die mit mindestens einem minderjährigen Kind zusammenleben und für dessen Pflege und Erziehung sorgen,
- Kranke, Genesende, behinderte Menschen oder von einer Krankheit oder Behinderung bedrohte Menschen, die einer kostenintensiven Ernährung bedürfen (Anspruchsvoraussetzungen werden zu einem späteren Zeitpunkt vom Gesundheitsamt geprüft),
- die Erzeugung von Warmwasser durch eine in der Unterkunft installierte Vorrichtung (gemeint ist die dezentrale Warmwasserbereitung beispielsweise mittels eines Elektroboilers),
- die Mehraufwendungen bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung (in einer Werkstatt für behinderte Menschen, bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 SGB IX oder im Rahmen eines vergleichbaren anderen tagesstrukturierenden Angebotes),
- Leistungsberechtigte mit Behinderungen, denen Hilfen zur Schulbildung oder Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung nach § 112 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB IX gewährt werden.

Erklärungen zum Antrag

Ich (Wir) habe(n) einen keinen Antrag auf andere Leistungen gestellt, über den noch nicht entschieden wurde (z. B. Wohngeld, Rente, Sozialhilfe, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Ausbildungsförderung). Nähere Angaben sind dem gesondert beigefügten Blatt zu entnehmen.

Den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII habe(n) ich (wir) wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Richtigkeit der Angaben wird durch meine (unsere) Unterschrift(en) bestätigt. Soweit ein Anspruch auf ausländisches Einkommen (z. B. Renten) oder Vermögen (z. B. Immobilien- oder Grundbesitz) besteht, habe(n) ich (wir) dies ordnungsgemäß und vollständig angegeben.

Falls und solange ich (wir) Hilfeleistungen nach dem SGB XII erhalte(n), werde(n) ich (wir) sämtliche Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familien-, Wohn-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltssituation) unverzüglich und unaufgefordert mitteilen. (Dazu zählen auch vorübergehende Veränderungen wie befristete Beschäftigungsverhältnisse oder Auslands- und Krankenhausaufenthalte.)

Ich (Wir) ermächtige(n) das Geldinstitut, an das die Leistungen überwiesen werden, auch mit Wirkung gegenüber meinen (unseren) Erben und etwaigen anderen Verfügungsberechtigten, überzahlte Beträge auf Anforderung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zurückzuzahlen und sämtliche Auskünfte zu erteilen, die zur Rückzahlung zu viel geleisteter Sozialhilfe erforderlich sind.

Mir (Uns) ist bewusst, dass **unrichtige** oder **unvollständige Angaben** zu meinen (unseren) persönlichen Verhältnissen, die mit der Absicht getätigt wurden, mir (uns) **nicht zustehende Sozialhilfeleistungen** zu erlangen, den **Straftatbestand des Betrugs** gemäß § 263 des Strafgesetzbuchs (StGB) erfüllen und die unverzügliche Beteiligung der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Folge haben.

Erklärungen zur Zahlung der Leistungen

Bitte überweisen Sie die mir (uns) zustehenden Erstattungsbeträge (soweit Geldleistungen vorgesehen sind) wie folgt:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Abweichend davon sollen die Kosten der Unterkunft direkt an den Vermieter gezahlt werden:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Abweichend davon sollen die Energiekosten direkt an den Versorger gezahlt werden:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Erklärungen zur Tilgung eines gegebenenfalls beantragten Darlehens

Die Rückzahlung des Darlehens werde(n) ich (wir) in folgenden monatlichen Raten vornehmen:

€

Ich (Wir) erkläre(n) mich (uns) ausdrücklich damit einverstanden, dass die fälligen Teilbeträge in der vorgenannten Höhe mit meinem (unseren) laufenden monatlichen Leistungsanspruch verrechnet werden.

Erklärungen zum Datenschutz

Ich (Wir) habe(n) die dem Antragsformular beigefügten Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen und erkläre(n) mich (uns) mit der Verarbeitung der mich (uns) betreffenden personenbezogenen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung) einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers (der Antragstellerin)

Ort, Datum

Unterschrift des Ehegatten (der Ehegattin), Partner(in) oder Mitbewohner(in)

Ort, Datum

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters (z. B. bei minderjährigen Hilfebedürftigen)

Datenschutzrechtliche Hinweise zu den Anträgen auf Gewährung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) - Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - und dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe - aufgrund des Inkrafttretens der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union und der Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB) Erstes Buch (I) - Allgemeiner Teil - sowie des Sozialgesetzbuches (SGB) Zehntes Buch (X) - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz -

Mit dem Inkrafttreten der neu gefassten Vorgaben für den Datenschutz in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der Europäischen Union am 25. Mai 2018 besteht für den Landkreis Rotenburg (Wümme) als Träger der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX sowie der Sozialhilfe nach dem SGB XII und damit Verantwortlicher im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 der Datenschutz-Grundverordnung die Pflicht, auf die Regelungen bezüglich der Datenverarbeitung und der Rechte von betroffenen Personen hinzuweisen. Dieser Obliegenheit wird im Folgenden nachgekommen:

- Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach den genannten Sozialgesetzbüchern entscheiden zu können. Die rechtliche Grundlage hierfür ergibt sich aus den Vorgaben des § 60 Abs. 1 SGB I.
- Soweit es für die Einhaltung der Bestimmungen der genannten Sozialgesetzbücher und zur Ermittlung der für die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Daten sowohl manuell als auch automatisiert verarbeitet. Dies trifft auf sämtliche Vorgänge wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung personenbezogener Daten zu (Artikel 4 Nr. 2 der Datenschutz-Grundverordnung).
- Die Antragsangaben sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen (§ 60 Abs. 1 Nr. 3 SGB I). Auf Kontoauszügen dürfen der Verwendungszweck oder der (die) Zahlungsempfänger(in) - nicht jedoch die Höhe des Betrages - geschwärzt werden, falls es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten handelt, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen. Ferner betrifft dies genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten sowie Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung (Artikel 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung). In allen übrigen Fällen müssen sämtliche Angaben auf Kontoauszügen lesbar bleiben.
- Personen, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen, können regelmäßig im Wege des automatisierten Datenabgleichs dahin gehend überprüft werden, ob die Angaben zum Einkommen und Vermögen zutreffend sind. Soweit dies zur Feststellung des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen erforderlich ist, besteht nach § 93 Abs. 8 der Abgabenordnung für das Bundeszentralamt für Steuern die Verpflichtung, entsprechende Auskünfte zu erteilen. Dies gilt auch für die nach §§ 45d Abs. 1 und 45e des Einkommensteuergesetzes zu übermittelnden Daten. Darüber hinaus haben die Bundesagentur für Arbeit sowie die Träger der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung Angaben zum Leistungsbezug zu machen. Weiterhin dürfen über sämtliche Leistungsbezieher nach dem SGB XII Informationen bei anderen Trägern der Sozialhilfe eingeholt werden. Eine Datenerhebung innerhalb der Landkreisverwaltung und bei verschiedenen Behörden und Einrichtungen (beispielsweise anderen Landkreisen und Gemeinden) ist ebenfalls zulässig. Hierzu wird insgesamt auf die Bestimmungen des § 118 SGB XII verwiesen.

- Personenbezogene Daten sind nach dem Ende des Sozialhilfebezugs in der Regel weitere zehn Jahre vorzuhalten. Die Frist beginnt am 1. Januar des auf die Beschlussfassung über den Jahresabschluss oder den konsolidierenden Gesamtabschluss des Haushaltsjahres, in das der Tag der Beendigung fällt, folgenden Jahres. Innerhalb dieses Zeitraums besteht kein Recht auf Löschung.
- Die mit Antragstellung erteilte ausdrückliche Einwilligung zur Verarbeitung der erhobenen personenbezogenen Daten ist jederzeit widerrufbar. Dies hat jedoch keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Verwendung der Antragsangaben. Mit dem Widerruf kann allerdings regelmäßig keine Auszahlung von Hilfeleistungen mehr vorgenommen werden.
- Gegenüber dem Landkreis Rotenburg (Wümme) besteht ein Recht auf Auskunft über die erfassten personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten und ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Der leistungsbegehrenden oder -beziehenden Person steht ein Beschwerderecht bei der für Sozialhilfeangelegenheiten zuständigen Aufsichtsbehörde (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) zu.
- Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben (§ 60 Abs. 1 SGB I). Sollten die für die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit notwendigen Angaben und Unterlagen nicht vorgelegt werden, ist eine abschließende Prüfung des individuellen Anspruchs nicht möglich. In der Regel erfolgt in diesem Fall die Ablehnung der begehrten Leistungen.
- Falls die personenbezogenen Daten (entgegen der jetzigen Absicht) zu einem späteren Zeitpunkt zu vom Antragsverfahren abweichenden Zwecken weiterverarbeitet werden sollen, haben die betroffenen Personen ein Anrecht, vorab Informationen zu den Hintergründen zu erhalten.
- Werden personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, besteht hinsichtlich der Einzelheiten eine Informationspflicht des Trägers der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe, sofern die ermittelten Daten nicht schon bekannt sind oder die Mitteilung aufgrund gesetzlicher Vorgaben ausgeschlossen ist.
- Die betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten und ist bei einer etwaigen Weitergabe an ausländische Stellen zu unterrichten. Der Umfang der Informationspflicht ergibt sich aus Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung.

Kontaktdaten

Verantwortlicher: *Landkreis Rotenburg (Wümme)*
Der Landrat
Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)
Telefon: 04261/983-0
Telefax: 04261/983-2199
E-Mail: info@lk-row.de
DE-Mail: info@lk-row.de-mail.de

Datenschutzbeauftragte: *ITEBO GmbH*
Stüvestraße 26
49076 Osnabrück
Telefon: 0541/9631-0
Telefax: 0541/9631-196
E-Mail: dsb@lk-row.de

Landesdatenschutzbeauftragte: *Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen*
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: 0511/120-4500
Telefax: 0511/120-4599
E-Mail: poststelle@fd.niedersachsen.de

Aufstellung der mit dem Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) vorzulegenden Nachweise

Allgemeine Unterlagen

- Personalausweis oder Reisepass von sämtlichen im Haushalt lebenden Personen mit Nachweis über den Wohnort (soweit dieser nicht aus dem Dokument hervorgeht, wird eine Meldebescheinigung vom Einwohnermeldeamt der Gemeinde beziehungsweise Stadt benötigt)
- Krankenversicherungskarte oder Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse von sämtlichen im Haushalt lebenden Personen (sofern aktuell keine Kranken- und Pflegeversicherung besteht, ist die Mitgliedschaft bei der vorherigen oder einer anderen gesetzlichen Krankenkasse zu beantragen) beziehungsweise Nachweis einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung (zu zahlende Beiträge sind zu belegen)
- Nachweise über alle anderen vorhandenen Versicherungen (Privathaftpflicht- und Hausratversicherung, private Renten- und Lebensversicherungen, Sterbegeldversicherung, Unfallversicherung usw.)
- falls eine Schwerbehinderung vorliegt: Schwerbehindertenausweis
- bei Ausländer(inne)n: Aufenthaltsgenehmigung mit Ausweis
- im Falle einer angeordneten Betreuung: Nachweis über die Betreuung durch Vorlage der Bestellungsurkunde oder des Betreuerausweises

Kinder oder Schwangerschaft

- Kindergeldbescheid oder ersatzweise Nachweis über die Antragstellung (zum Beispiel Eingangsbestätigung der Familienkasse), Nachweis über die Zahlung des Kindergeldes oder Kinderzuschlagsbescheid
- gegebenenfalls Elterngeldbescheid
- Kopie des Mutterpasses oder ärztliche Bescheinigung (wegen des voraussichtlichen Entbindungstermins) und Name, Vorname und Anschrift des Kindesvaters (eine Geburtsurkunde ist unmittelbar nach der Niederkunft einzureichen)
- Nachweis über Mutterschaftsgeld

Kindeserziehung durch lediglich ein Elternteil

- Nachweise über Unterhaltszahlungen/Nachweis über die Beistandschaft beim Jugendamt
- Unterhaltstitel
- Erklärung zum Sorgerecht und zur Ausübung des Umgangsrecht (familiengerichtliche Entscheidungen/Vereinbarungen vor dem Jugendamt/Erklärungen beider Elternteile)

Trennung oder Scheidung

- Erklärung zum vereinbarten Beginn des Trennungszeitraumes/Vorlage des außergerichtlichen Schriftverkehrs
- Nachweis über die Hausratsauseinandersetzung und -aufteilung (gegebenenfalls Vorlage der notariellen Urkunde)
- Scheidungsurteil oder -beschluss
- Ehegattenunterhaltstitel und gegebenenfalls Zahlungsnachweise über nachehelichen Unterhalt

Mietverhältnis

- Mietvertrag und gegebenenfalls die Nachweise über nachträgliche Änderungen (beispielsweise Mietzinserhöhung)
- Mietbescheinigung (Vordruck ist zu verwenden) und Energieausweis (bei Anmietungen ab dem 1. Januar 2009)
- Nachweise über Abschlagszahlungen an die Versorgungsunternehmen (Strom, Wasser, Gas) beziehungsweise noch vorhandene Rechnungen für den Öl-, Kohle- oder Holzbezug
- Abrechnung der vom Vermieter geltend gemachten Betriebskosten (aktuellste Version)

Haus- oder Wohnungseigentum

- Nachweise über die regelmäßigen Hauslasten (Zins- und Tilgungspläne, Darlehensverträge, Bausparverträge nebst letzter Kontoauszüge)
- Nachweise über die Hausnebenkosten und deren Fälligkeit (Grundsteuerbescheid, Abfallgebührenbescheid, Wohngebäudeversicherung, Gas-, Strom-, Wasser- sowie Abwasserabschläge, Schornsteinfegergebühren, Zahlungen an einen Unterhaltungsverband, Heizkosten usw.) einschließlich der letzten Jahresabrechnungen (insbesondere für Wasser, Abwasser, Strom und Erdgas)
- Wärmebedarfsberechnung (bei Neubauten ab 2002) und Wohnflächenberechnung
- Erklärung über die Art der Warmwassererzeugung (Strom/Heizungsanlage)
- Eigentumsnachweis (Änderungsmitteilung Grundbuch/Kaufvertrag)

Einkommen

- bei Erwerbseinkommen: Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate und Arbeits- oder Ausbildungsvertrag
- sofern Arbeitslosigkeit vorliegt: Bewilligungsbescheid über die Zahlung von Arbeitslosengeld, Ausbildungsgeld, Insolvenzgeld, Unterhaltsgeld (bei Umschulung), Berufsausbildungsförderung usw. beziehungsweise Nachweis über das Ende des entsprechenden Anspruches)
- im Falle von Vermietung und Verpachtung: Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für das Objekt
- sofern Rentenansprüche bestehen: Rentenbescheide (Erstbescheid(e) und aktuelle Anpassungsmitteilungen)
- gegebenenfalls Nachweise über derzeitige ausländische Rentenansprüche
- falls Wohngeld bezogen wird: Wohngeldbescheid
- bei Leistungen der Pflegekasse: Bescheid der Pflegekasse
- soweit Anspruch auf BAföG-Leistungen besteht: BAföG-Bescheid (bei Beendigung eines Studiums ist eine Exmatrikulationsbescheinigung einzureichen)

Vermögen, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

- vollständige Kontoauszüge aller (auch im Ausland) bestehenden Konten für die letzten drei Monate (von allen Haushaltsangehörigen)
- im Falle von Online-Banking: Originalkontoauszüge oder eine von der Bank bestätigte Umsatzübersicht für die letzten drei Monate
- gegebenenfalls Online-Auszüge aller vorhandenen PayPal-Konten der letzten drei Monate
- sämtliche Sparbücher (Guthaben sind gegebenenfalls aktualisieren zu lassen)
- bei Bausparguthaben: Vertrag und aktuellster Bausparkontoauszug
- weitere Vermögensnachweise (über Depotguthaben, Sparbriefe und andere Anlageformen)
- detaillierte Angaben zu sonstigen materiellen sowie immateriellen Vermögenswerten (beispielsweise Kunstgegenstände, Münzsammlungen oder Patentrechte)
- aussagekräftige Unterlagen über nicht selbst bewohnten (auch ausländischen) Immobilien- und Grundbesitz (Lage, Größe, Wert, dauernde Lasten sowie gegebenenfalls Miet- oder Pachteinnahmen)
- Fahrzeugschein oder Fahrzeugbrief und Nachweis über die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung sowie die letzte Beitragsrechnung
- möglicherweise vorhandene Nachweise über Kredit- oder Finanzierungsvereinbarungen

Hinweis: Sollten aus Ihrer Sicht weitere Unterlagen für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich sein, so legen Sie bitte auch diese vor. Hierdurch kann eine Verzögerung bei der Bearbeitung Ihres Antrages möglicherweise vermieden werden.